

Die soziale Situation in Niederösterreich

Wien, Februar 2010

Inhaltsverzeichnis

1. Armut und Reichtum – Eine Begriffsdefinition.....	3
1.1. Was ist Armut?	3
1.2. Was ist Reichtum?	5
2. Armut und Armutsgefährdung in Niederösterreich	7
3. Der niederösterreichische Arbeitsmarkt	9
4. Einkommen in Niederösterreich	12
4.1. Erwerbseinkommen	12
4.2. Pensionen.....	20
4.3. Einkünfte aus umverteilten Einkommen	22
4.4. Reichtum	24

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2008	3
Tabelle 2: Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich in Euro 2007 und 2008	10
Tabelle 3: Entwicklung Arbeitslosenquote 2000 bis 2009 in Niederösterreich und Österreich.....	11
Tabelle 4: Arbeitslosenquote der niederösterreichischen Bezirke 2008	12
Tabelle 5: Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 1999 - 2007	15
Tabelle 6: Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001	18
Tabelle 7: Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Niederösterreich 2008	22
Tabelle 8: Zunahme der SozialhilfeempfängerInnen 2001 bis 2007.....	24
Tabelle 9: Die reichsten NiederösterreicherInnen (geschätztes Vermögen in Euro)	27

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Armutsgefährdungsquoten der österreichischen Bundesländer seit 2004 in % .	8
Abbildung 2: Arbeitslosenquote nach Bundesländern 2009	11
Abbildung 3: Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Niederösterreich 2008	14
Abbildung 4: Monatliches Bruttomedianeinkommen 2008	16

1. Armut und Reichtum – Eine Begriffsdefinition

1.1. Was ist Armut?

Der wichtigste Parameter für **Armutsgefährdung** ist die Einkommenssituation der Haushalte. Nach einer europaweit einheitlichen Definition aus dem Jahr 1984 werden Menschen dann als arm eingestuft, wenn sie „über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“¹. Wer über weniger als 60% des nationalen Nettomedieneinkommens verfügt, gilt damit als armutsgefährdet.

Um den Lebensumständen der Menschen möglichst gerecht zu werden, bezieht sich diese Definition jedoch nicht allein auf die Erwerbseinkommen und Sozialleistungen jedes einzelnen, sondern auf den gesamten Haushalt. Denn je nachdem, wie viele Personen mit dem erwirtschafteten Geld auskommen müssen, ist die Situation der Gesamthaushalte unterschiedlich zu bewerten.

Haushaltstyp	Jahreswert netto in Euro	Monatswert netto in Euro	Jahreswert durch 14
Einpersonenhaushalt	11.406	951	815
1 Erwachsener und 1 Kind	14.828	1.236	1.059
2 Erwachsene	17.109	1.426	1.222
2 Erwachsener und 1 Kind	20.531	1.711	1.467
2 Erwachsener und 2 Kinder	23.953	1.996	1.711
2 Erwachsener und 3 Kinder	27.374	2.281	1.955

Tabelle 1: Armutsgefährdungsschwellen für unterschiedliche Haushaltstypen 2008²

Für einen Einpersonenhaushalt liegt die **Armutsgefährdungsschwelle** des Jahres 2008 bei 951 Euro im Monat oder 11.406 Euro jährlich. Für jede weitere erwachsene Person erhöht sich dieser Betrag monatlich um 475 Euro, für jedes Kind um 285 Euro. Eine Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern gilt als armutsgefährdet, wenn ihr Haushaltseinkommen weniger als 1.996 Euro monatlich oder 23.953 Euro jährlich unterschreitet.

Ausgehend von diesen Schwellenbeträgen waren in Österreich im Jahr 2008 **1.018.000 Personen** oder 12,4% der österreichischen Bevölkerung **armutsgefährdet**. Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich liegt – wie aus den Sozialberichten hervorgeht – in den letzten Jahren zwischen 11 und 13%. Zwar ist die Zahl der armutsgefährdeten Menschen in Österreich nicht gleichbleibend, die Ergebnisse liegen jedoch innerhalb der statisti-

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989, Brüssel 1991

² www.statistik.at

schen Schwankungsbreite und sind daher nicht als signifikant und interpretierbar zu betrachten.

Auskunft darüber, in welcher Intensität Menschen von Einkommensarmut betroffen sind, gibt die **Armutgefährdungslücke**. Diese kann „als Differenz zwischen dem Medianeinkommen der Armutsgefährdeten und der Armutsgefährdungsschwelle“³ (in Prozent) interpretiert werden. Demnach lag das Einkommen der armutsgefährdeten ÖsterreicherInnen im Jahr 2008 durchschnittlich um 15,3% unter dem Schwellenwert von 60% des Medianeinkommens.⁴ Bei armutsgefährdeten Einpersonenhaushalten lag das monatliche Durchschnittseinkommen 2008 de facto bei 805 Euro netto, zwei Erwachsene mit einem Kind mussten mit durchschnittlich 1.449 Euro netto im Monat auskommen.

Die angeführten Schwellen sollen helfen, die Lebensumstände von Personen und Haushalten anhand ihrer monetären Ressourcen zu bewerten. Wer weniger als die oben angeführten Schwellenwerte für sein Leben zur Verfügung hat, gilt als armutsgefährdet. Über die tatsächlichen Lebensumstände der Menschen kann damit jedoch keine Aussage getroffen werden, differieren die individuellen Lebenslagen und Kostenstrukturen doch stark. Viele Menschen, die rein aufgrund ihres Einkommens nicht als armutsgefährdet eingestuft werden, haben aufgrund ihrer Lebenshaltungskosten Benachteiligungen und Probleme. Andere können trotz ihres geringen Einkommens wiederum ihre Bedürfnisse abdecken.

Von finanzieller **Deprivation** wird gesprochen, wenn mangelnde Teilhabe in zentralen Bereichen der Lebensführung auftritt. Darunter versteht man, dass es sich die Betroffenen nicht leisten können, ihre Wohnung angemessen warm zu halten, unerwartete Ausgaben wie Reparaturen zu tätigen, abgetragene Kleidung zu ersetzen, regelmäßige Zahlungen (wie Miete oder Betriebskosten) zeitgerecht zu begleichen, notwendige Arztbesuche in Anspruch zu nehmen, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen oder einmal im Monat jemanden zum Essen einzuladen. Wenn zumindest zwei dieser Merkmale gleichzeitig auftreten, wird von finanzieller Deprivation gesprochen. 2.430.000 ÖsterreicherInnen lebten in Haushalten, die keine unerwarteten Ausgaben tätigen können. Über eine Million Menschen konnten es sich nicht leisten, einmal im Monat jemanden zum Essen einzuladen (14% der Bevölkerung), für 13% war es nicht möglich, jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch zu essen.

Von **manifestem Armut** wird dann gesprochen, wenn Einkommensmangel und Deprivation in zentralen Lebensbereichen gemeinsam auftreten. Bei 492.000 (der 1 Mio. armutsgefährde-

³ Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.32

⁴ www.statistik.at

ten) Menschen in Österreich oder 6% der Bevölkerung zeigte sich 2008 neben dem unzureichenden Einkommen (Armutsgefährdung) zusätzlich Deprivation.⁵

Ist das Einkommen eines Haushalts zwar unter der Armutsgefährdungsschwelle, es treten jedoch keine Merkmale von finanzieller Deprivation auf, wird von **Einkommensmangel** gesprochen. Innerhalb der österreichischen Bevölkerung zeigte sich 2008 bei rund 6% Einkommensmangel.

Wer dagegen zwar aufgrund seines Einkommens nicht als armutsgefährdet einzustufen ist, aber Merkmale von Deprivation aufweist, leidet unter einem Mangel an gesellschaftlicher Teilhabe. 14% der österreichischen Bevölkerung waren 2008 von **Teilhabemangel** betroffen.

Wer von Armutsgefährdung betroffen ist, hat auch Chancen, wieder aus dieser Situation herauszukommen. Von den Armutsgefährdeten des Jahres 2006 mussten 48% im Folgejahr nicht mehr als armutsgefährdet bezeichnet werden. *„Besonders armutsgefährdete junge Menschen bis 19 Jahre, Personen mit EU- und EFTA-Staatsbürgerschaft sowie Mehrpersonenhaushalte mit zwei Kindern haben eine überdurchschnittliche Chance, im Folgejahr ein Einkommen über der Armutsgefährdungsschwelle zu erzielen.“*⁶ Dennoch heißt das nicht, dass diese Personen dauerhaft vor Armut geschützt sind.

Einzelne Gruppen der österreichischen Bevölkerung sind stärker von Armutsgefährdung und Armut betroffen als andere. Besonders gefährdet sind etwa AlleinerzieherInnen, knapp ein Drittel von ihnen (29%) waren im Jahr 2008 armutsgefährdet. Auch Familien mit 3 und mehr Kindern sind mit 20% in erhöhtem Ausmaß betroffen ebenso wie Personen mit niedriger Schulbildung. So sind 22% aller Personen mit maximal Pflichtschulabschluss armutsgefährdet. Aber auch alleinlebende Pensionistinnen sind mit 24% gefährdet. Die höchste Armutsgefährdung weisen Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft aus dem außereuropäischen Ausland (30%), aber auch Eingebürgerte (21%) auf.

Am häufigsten von manifester Armut betroffen sind AlleinerzieherInnen (20%) und alleinlebende Pensionistinnen (13%).

1.2. Was ist Reichtum?

Wenn Armut und Reichtum durch Verteilungsmechanismen in einem engen Zusammenhang stehen, etwa durch die Steuerpolitik, dann muss angesichts steigender Armut auch der Entstehung und Entwicklung von Reichtum mehr wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt

⁵ www.statistik.at

⁶ BMASK: Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008, S.29

werden. Während über das untere Ende der sozialen Skala durch Untersuchungen wie EU-SILC und die Sozialberichte des Sozialministeriums zahlreiche Daten zur Verfügung stehen, weiß man über das andere Ende, den Reichtum, nur wenig. Nur vereinzelt erscheinen Darstellungen über hohe Einkommen oder große Vermögen. Sie alle zeigen zumindest den Trend eines sehr starken, überdurchschnittlichen Wachstums.

Doch was ist „Reichtum“? Während heute in Europa relativ einheitliche Definitionen existieren, wann Armutsgefährdung beginnt (unter 60% des Medianeinkommens) und was Armut (Deprivation) ist, gibt es solche Definitionen für Reichtum noch kaum.

Bei dem Versuch, Reichtum zu definieren, scheint die Wissenschaft derzeit noch an ihre Grenzen zu stoßen, was auch der 2. Deutsche Armuts- und Reichtumsbericht (aus dem Jahr 2004/05) belegt: *„Es besteht kein Konsens darüber, was Reichtum und Vermögen konkret sein soll; noch weniger ist eine Einigung in Fragen der Operationalisierung und Messung von Reichtum in Sicht.“*⁷ Dass Reichtum jedoch nicht allein am Einkommen oder Geldvermögen zu messen ist, scheint eine Tatsache, deren Messung aber keineswegs einfacher ist als die Erfassung des tatsächlichen Reichtums. *„Auch bestehen noch vielfältige Erkenntnisdefizite insbesondere hinsichtlich nicht-monetärer Reichtumsdimensionen. Dies gilt etwa für die Analyse „vererbter Chancen“ und gesellschaftlicher Hierarchien in der intergenerationalen Perspektive sowie der gesellschaftlichen Bedeutung der Funktion von „Eliten“. Ein Konsens über eine eindeutige konkrete begriffliche Bestimmung „privilegierter Lebenslagen“ in der Wissenschaft existiert nicht. (...) Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Vererbung von Ressourcen, speziell von Vermögen, aber auch die unterschiedliche Ausstattung mit sozialem oder kulturellem Kapital, das Vorhandensein persönlicher Netzwerke und der Zugang zu karriererelevanten Informationen sowie Aspekte des Habitus, z. B. Umgangsformen, Souveränität des Auftretens, hohe Allgemeinbildung usw.“*⁸

*„Ab wann eine Person oder ein Haushalt aufgrund des Einkommens als reich gelten soll, ist nach wie vor Gegenstand reger Diskussionen“*⁹, heißt es im deutschen Bericht. Für die Festlegung einer Grenze bedient sich der Bericht der derzeit gängigen Definition für „hohe Einkommen“: *„Am gebräuchlichsten in der Wissenschaft ist die Einkommengrenze von 200% des mittleren äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens.“*¹⁰ Ab wann von Reichtum zu sprechen ist, ist noch schwieriger zu definieren. So wurde beispielsweise im deutschen Armuts- und Reichtumsbericht als willkürliche Grenze das Erreichen eines Einkommens von einer Million gesetzt, dessen Problematik sich bei der Umstellung von DM auf Euro zeigte. Ebenso

⁷ BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 2.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S.45

⁸ BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 2.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S.45

⁹ BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 3.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S.32

¹⁰ BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 3.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, S.32

willkürlich ist aber auch die Festsetzung, das oberste Einkommensprozent als reich zu bezeichnen, wie es etwa der österreichische Sozialbericht 2003/04 tat.

Auch EU-SILC versucht eine Darstellung der Einkommenssituation in diesem Bereich und wies zuletzt (2008) 749.000 Menschen aus, die in Haushalten mit „hohem Einkommen“ (mehr als 180% des Medianeinkommens) lebten. Das waren etwa 9% der österreichischen Bevölkerung.¹¹

Dieser Bericht unternimmt ebenfalls den Versuch, Einkommensgrenzen festzusetzen, was im Übrigen auch eine methodische Analogie zur Setzung von Einkommensgrenzen ist, ab denen Armutsgefährdung angenommen wird. In Anlehnung an den deutschen Bericht und die momentan gängige wissenschaftliche Definition übernehmen auch wir die Grenze der 200% des Medianeinkommens, ab der „**hohe Einkommen**“ beginnen (2006 wären das in Österreich 35.700 Euro verfügbares Einkommen gewesen).¹² Weiters definieren wir eine Einkommensgrenze, ab der von „**Einkommensreichtum**“ gesprochen werden kann, diese setzen wir bei 400% des Medianeinkommens an, das waren 2006 71.400 Euro. Es ist etwa jene Grenze, die zu Zeiten der Schilling-Währung 1 Million Schilling entsprach. Wer so viel verdiente oder hatte, galt im allgemeinen Sprachgebrauch als „Millionär“ und somit als „reich“. Demnach hatten in Österreich im Jahr 2006 über 570.500 Menschen ein hohes Einkommen, etwa 88.600 von ihnen waren als einkommensreich zu bezeichnen.

2. Armut und Armutsgefährdung in Niederösterreich

Seit einigen Jahren werden auch für einzelne Bundesländer Armutsgefährdungsquoten ausgewiesen.

In Niederösterreich waren im Jahr 2008 11% oder 170.000 Personen armutsgefährdet. Etwa 96.000 Menschen lebten in manifeste Armut. Damit kann im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren, wo die Armutsgefährdungsquote in Niederösterreich zwischen 10 und 13% lag, keine signifikante Veränderung verzeichnet werden. Niederösterreich liegt damit im österreichischen Mittelfeld der Bundesländer. Hier muss jedoch ausdrücklich auf die hohe statistische Schwankungsbreite hingewiesen werden, mit der die bundesländerbezogenen Ergebnisse behaftet sind. *„Unterschiede zwischen Untergruppen und Jahren müssen daher mit Rücksicht auf die Schwankungsbreite interpretiert werden. Dies gilt im Besonderen auch für*

¹¹ www.statistik.at

¹² www.statistik.at

Unterschiede zwischen den Bundesländern.¹³ Die Berechnung der **Armutsgefährdungsquote** über mehrere Jahre soll helfen, diese statistischen Ungenauigkeiten einzuschränken. Im mehrjährigen Vergleich ergibt sich ein Durchschnitt von **12%**. Auch in diesem Fall liegt Niederösterreich im Mittelfeld der Bundesländer.¹⁴ Wien, das Burgenland und Kärnten haben die höchsten Armutsgefährdungsquoten aller Bundesländer. Die Steiermark, Vorarlberg, Niederösterreich und Tirol liegen im Mittelfeld, während Salzburg und Oberösterreich etwas geringere Quoten aufweisen.

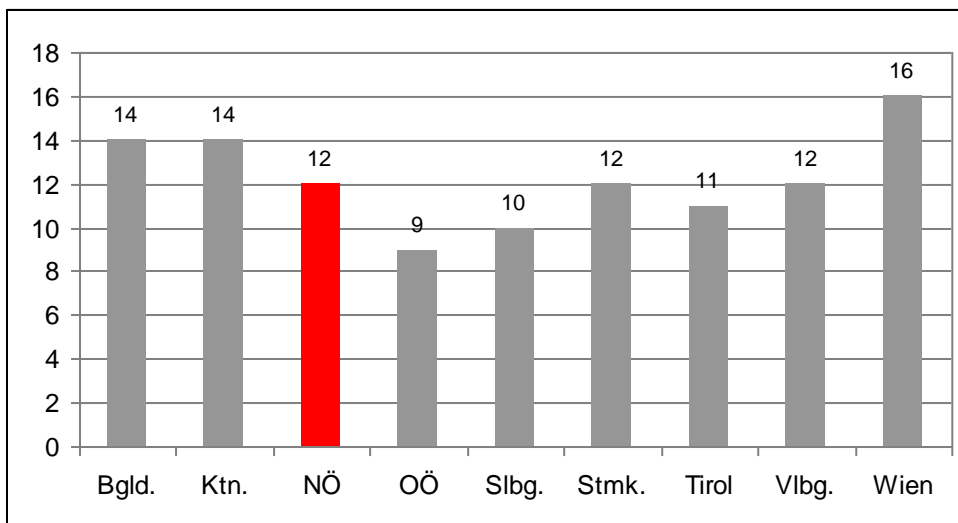


Abbildung 1: Armutsgefährdungsquoten der österreichischen Bundesländer seit 2004 in %¹⁵

Die **Armutsgefährdungslücke** war in Niederösterreich zuletzt (2008) mit 15% eine der niedrigsten aller Bundesländer.¹⁶ Ein armutsgefährdeter Einpersonenhaushalt hatte demnach ein Einkommen von durchschnittlich rund 808 Euro monatlich (oder 693 Euro 14x im Jahr) zur Verfügung. Das bedeutet, dass in Niederösterreich rund 267 Mio. Euro an zusätzlichen Einkommen erforderlich wären, um die Einkommensarmut zu beseitigen.¹⁷

Rund ein Drittel aller Einkommen in Niederösterreich stammten 2008 aus **Sozialleistungen** (7% aller Einkommen) und Pensionen (25% aller Einkommen). Für 491.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (32% der Bevölkerung) waren Sozialleistungen und Pensi-

¹³ BMASK: Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008, S.50

¹⁴ Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.31

¹⁵ Statistik Austria: EU-Silc 2007, S.31

¹⁶ Die höchsten Armutsgefährdungslücken hatten Vorarlberg (29%), Salzburg (23%) und Burgenland (21%).

¹⁷ www.statistik.at

onen die Haupteinkommensquelle.¹⁸ Ohne Sozial- und Sozialversicherungsleistungen wären im Jahr 2008 333.000 Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher (21% der Bevölkerung) armutsgefährdet. Ohne Pensionen wären es sogar 661.000 Menschen. 163.000 Menschen kommen in Niederösterreich durch Sozial- und Sozialversicherungsleistungen aus dem Bereich der Armutsgefährdung heraus, zumindest 170.000 bleiben dennoch armutsgefährdet, weil diese Leistungen nicht hoch genug sind, um 60% des Medianeinkommens zu erreichen.¹⁹

3. Der niederösterreichische Arbeitsmarkt

Erwerbseinkommen haben eine wichtige Funktion, um Armut zu verhindern. Voraussetzung dafür ist jedoch der Zugang zum Arbeitsmarkt.

776.400 Personen waren im Jahr 2008 in Niederösterreich durchschnittlich erwerbstätig, um 16.600 Personen (2,2%) mehr als im Jahr 2007. Insgesamt waren 420.500 Männer und 355.900 Frauen erwerbstätig. Damit lag die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der erwerbstätigen Personen in der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren, im Jahr 2008 bei 73,9% (Männer 80,0%, Frauen 67,7%) und damit leicht über dem österreichischen Durchschnitt von 72,1%. Die aktuelle Krise hatte 2008 noch kaum Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, die Zahl der Erwerbstätigen nahm sogar leicht zu.²⁰

Die Zahl der ganzjährigen Vollzeitbeschäftigungen ist in Niederösterreich 2008 im Vergleich zum Vorjahr um 3,6% oder 15.300 Beschäftigungsverhältnisse gestiegen. Der Anstieg der ganzjährigen Teilzeitbeschäftigungen fiel mit 2,3% (oder 2.900 Personen) etwas geringer aus als die Jahre zuvor. Der Unterschied zwischen den Geschlechtern bezüglich der Beschäftigungsverhältnisse verstärkt sich weiterhin, denn 87% aller neuen Teilzeitbeschäftigungen betreffen Frauen. Und das obwohl 84% aller ganzjährigen Teilzeitbeschäftigungen schon bislang von Frauen ausgeführt wurden.

Nur noch knapp 60% aller Beschäftigungsverhältnisse in Niederösterreich waren 2008 „**Normalarbeitsplätze**“, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Damit liegt der Anteil an Normalarbeitsplätzen an allen Beschäftigungsverhältnissen etwas über dem österreichischen Durchschnitt. Rund 132.000 Personen waren zuletzt (2008) ganzjährig teilzeitbeschäftigt, das entspricht 18% aller Beschäftigungsverhältnisse. Der Strukturwandel weg von Normalar-

¹⁸ BMASK: Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Tabellenband. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, S. 50

¹⁹ www.statistik.at

²⁰ Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2008, S. 23 sowie Arbeitsmarktstatistik 2008, S. 65f.

beitsplätzen ist für die Betroffenen in der Regel mit einer Halbierung des Einkommens verbunden: Teilzeitbeschäftigte verdienen in Niederösterreich nur etwa 50% eines Vollzeitbeschäftigten.

	Anzahl		durchschnittliches Nettojahreseinkommen		:14	
	2007	2008	2007	2008	2007	2008
Männer						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	281.228	292.527	28.714	29.951	2.051	2.139
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	20.599	20.992	15.360	15.617	1.097	1.116
nicht ganzjährig beschäftigt	88.001	85.136	8.862	8.713	633	622
Frauen:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	149.628	153.655	21.863	22.716	1.562	1.623
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	108.301	110.839	12.453	13.186	890	942
nicht ganzjährig beschäftigt	73.939	75.247	4.980	4.894	356	350
gesamt:						
ganzjährig vollzeitbeschäftigt	430.856	446.182	26.335	27.224	1.881	1.945
ganzjährig teilzeitbeschäftigt	128.900	131.831	12.918	13.573	923	970
nicht ganzjährig beschäftigt	161.940	160.383	7.090	6.921	506	494
	729.828	744.829	19.682	20.277		

Tabelle 2: Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich in Euro 2007 und 2008²¹

22% oder rund 160.400 Beschäftigungsverhältnisse waren 2008 in Niederösterreich nicht ganzjährig. Das sind etwas weniger Personen als im Jahr zuvor und liegt auch unter dem Bundesdurchschnitt von 25%. In diese Gruppe fallen vor allem Saisonarbeitskräfte und zeitweilig arbeitslose Menschen. Weil nicht ganzjährig Beschäftigte aber neben dem Erwerbseinkommen meist ein Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe in der nicht erwerbstätigen Zeit beziehen, erhöht sich deren Jahreseinkommen durch Sozialversicherungs- und Sozialleistungen und übersteigt – allerdings überwiegend nur bei Männern – die Armutgefährdungsgrenze.

In Niederösterreich ist die Zahl der **Arbeitslosen** seit dem Jahr 2000 angestiegen, die Arbeitslosenquote hat im Jahr 2005 mit 7,4% den höchsten Wert erreicht. Seither waren die Arbeitslosenquoten bis zum Jahr 2008 leicht rückläufig. Niederösterreich lag damit immer im österreichischen Durchschnitt.

Das Jahr 2009 brachte jedoch in Niederösterreich, und auch in Österreich insgesamt, einen sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren in Niederöster-

²¹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2007 und 2008

reich 43.790 Menschen oder 7,3% arbeitslos. Damit hatte Niederösterreich die fünfthöchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer.²²

Jahr	Niederösterreich	Österreich
2000	5,8	5,8
2001	6,2	6,1
2002	6,9	6,9
2003	7	7
2004	7,1	7,1
2005	7,4	7,3
2006	6,9	6,8
2007	6,3	6,2
2008	5,9	5,8
2009	7,3	7,2

Tabelle 3: Entwicklung Arbeitslosenquote 2000 bis 2009 in Niederösterreich und Österreich²³

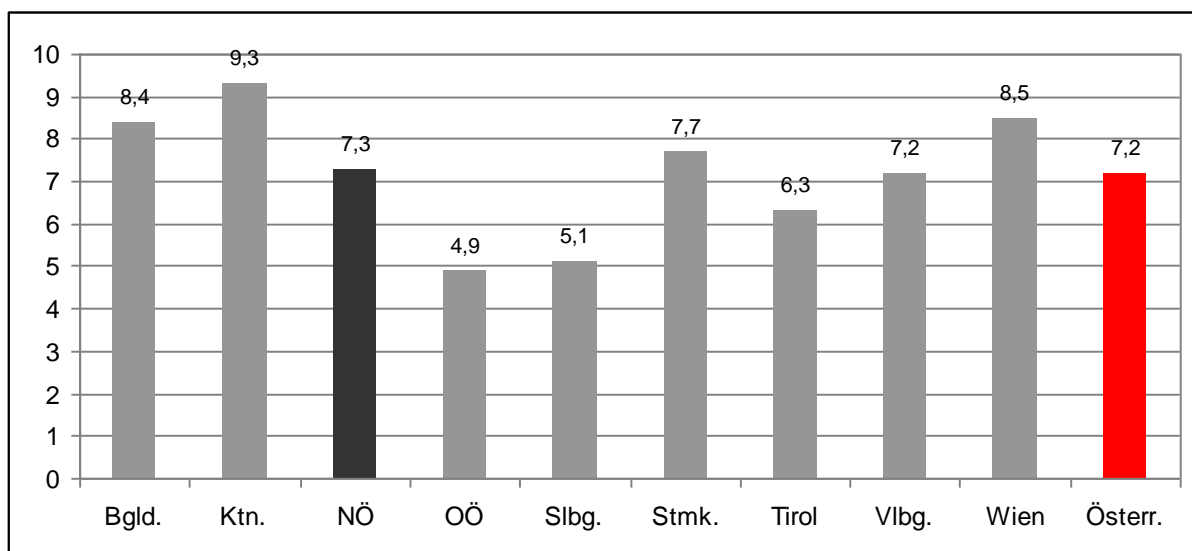


Abbildung 2: Arbeitslosenquote nach Bundesländern 2009²⁴

Zwar liegt Niederösterreich insgesamt im österreichischen Mittelfeld, dennoch zeigen sich schon 2008 deutlich Unterschiede zwischen den einzelnen Bezirken. Zu den Bezirken mit der höchsten Arbeitslosenquote zählten 2008 Gmünd und Waidhofen/Thaya sowie Baden und Wiener Neustadt. Die Arbeitslosenquote liegt in diesen Bezirken zwischen 6,3 und 8,5%. Andere Gebiete sind dagegen in weitaus geringerem Maß von Arbeitslosigkeit betroffen. Zu

²² AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

²³ AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

²⁴ AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

den Bezirken mit der geringsten Arbeitslosenquote zählen Waidhofen/Ybbs, Scheibbs, Amstetten und Melk. Hier liegen die Werte zwischen 3,2 und 4,0%.

Bezirk	Männer	Frauen	gesamt	Veränderung zu 2007
Amstetten	3,3	4	3,6	-0,2
Baden	6,8	5,9	6,4	-0,5
Berndorf	5,7	5,4	5,6	-0,4
Bruck/Leitha	5,1	4,4	4,8	0,2
Gänserndorf	4,9	5,1	4,7	-0,5
Gmünd	8,2	8,9	8,5	-0,5
Hollabrunn	6,2	6,1	6,2	-0,5
Horn	5,1	5,5	5,3	-0,3
Korneuburg	4,4	4	4,2	-0,2
Krems	5,2	5,3	5,2	-0,2
Lilienfeld	4,3	5,1	4,7	-0,1
Melk	3,9	4,1	4	-0,1
Mistelbach	5	4,6	4,8	-0,4
Mödling	4,8	4,3	4,6	-0,4
Neunkirchen	6,3	5,2	5,8	-0,3
St.Pölten	5,7	5,7	5,7	-0,5
Scheibbs	3,3	3,5	3,4	-0,2
Schwechat	5,6	5	5,3	-0,3
Tulln a.d. Donau	4,3	4,1	4,2	-0,3
Waidhofen/Thaya	7,1	10	8,4	-0,5
Waidhofen/Ybbs	2,9	3,6	3,2	-0,2
Wr. Neustadt	6,7	5,9	6,3	-0,7
Zwettl	5,6	4,8	5,3	-0,3

Tabelle 4: Arbeitslosenquote der niederösterreichischen Bezirke 2008²⁵

4. Einkommen in Niederösterreich

4.1. Erwerbseinkommen

Der durchschnittliche Netto-Jahresverdienst betrug in Niederösterreich im Jahr 2008 20.277 Euro. Ganzjährig vollzeitbeschäftigte Personen verdienten durchschnittlich 27.244 Euro (Männer: 29.951 Euro, Frauen: 22.716 Euro). Bei einer ganzjährigen Teilzeitbeschäftigung halbiert sich der Verdienst auf 13.573 Euro (Männer: 15.617 Euro, Frauen: 13.186 Euro).²⁶

²⁵ www.ams.at

²⁶ Siehe Tabelle 2: Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich in Euro 2007 und 2008

Bezahlte Erwerbsarbeit galt bislang als guter Schutz vor Armutsgefährdung und Armut, wobei das nicht nur für die Erwerbstätigen selbst gilt, sondern auch für deren Haushaltsangehörige. In Haushalten mit ganzjähriger Erwerbstätigkeit betrug die Armutsgefährdungsquote in Österreich zuletzt (2008) durchschnittlich nur 6% und damit nur halb so viel wie der Durchschnitt.²⁷

Die **Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte** hat in Österreich in den vergangenen Jahren aber deutlich zugenommen. In Haushalten mit nur teilweiser Erwerbstätigkeit betrug sie 1999 8%, 2008 aber bereits 13%. War keine Person im Haushalt erwerbstätig, betrug die Armutsgefährdung 1999 25%, 2008 lag sie bereits bei 35%. In Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit blieb die Armutsgefährdungsquote mit 4% im Jahr 1999 und 5% im Jahr 2008 unverändert.²⁸ 7% oder 248.000 erwerbstätige Personen waren 2008 in Österreich trotz eines Erwerbseinkommens armutsgefährdet.²⁹ 46% aller armutsgefährdeten Personen im Erwerbsalter sind dies trotz Erwerbstätigkeit. Neben der Intensität der Erwerbsbeteiligung eines Haushaltes entscheiden auch Qualität und Ausmaß der Erwerbstätigkeit über das Armutsrisiko.

Vor allem in Haushalten mit prekären Beschäftigungsverhältnissen steigt die Armutsgefährdung sprunghaft an. Bei Teilzeitbeschäftigung beträgt das Armutsgefährdungsrisiko 16%, bei Niedriglohnbeschäftigungen sogar 29%. Unter prekären Beschäftigungen finden sich jedoch nicht nur Teilzeit- und Niedriglohnbeschäftigungen, auch unregelmäßige Beschäftigungen (beispielsweise auf Werkvertragsbasis) müssen hinzugezählt werden. Einzelne Gruppen sind dabei in höherem Ausmaß von solchen Beschäftigungsformen betroffen. So sind noch immer 85% aller Teilzeitbeschäftigten weiblich.³⁰

Ein Phänomen, das in den letzten Jahren zunehmend zum Problem wird, sind Menschen, die trotz Erwerbsarbeit Probleme haben ihre Grundbedürfnisse zu decken. Immer mehr Menschen müssen als „**working poor**“ bezeichnet werden. Es sind „*Personen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren, deren äquivalisiertes³¹ Haushaltseinkommen trotz Erwerbstätigkeit im Jahresverlauf unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt*“.³²

EU-SILC weist im Jahr 2008 aus, dass 12% der (etwa 567.000) unselbständig Erwerbstätigen in Niederösterreich ein Erwerbseinkommen von weniger als 1.000 Euro brutto im Monat

²⁷ BMASK: Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Tabellenband. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, S.51

²⁸ vgl. dazu auch BMSK: Bericht über die soziale Lage 2001-2002, S.192 und www.statistik.at

²⁹ www.statistik.at

³⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.38

³¹ Äquivalisiertes Einkommen ist die Summe aller Erwerbs- und sonstiger Einkommen bezogen auf Haushaltsgröße und Altersstruktur.

³² Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.35

hatten und damit an bzw. unter der Armutsgefährdungsschwelle lebten. In Niederösterreich sind damit rund 67.000 unselbständig Erwerbstätige trotz Berufstätigkeit armutsgefährdet („working poor“). „In Summe verfügt das oberste Einkommenszehntel über 22% der gesamten Äquivalenzeinkommen, das unterste über etwa 4%.“³³

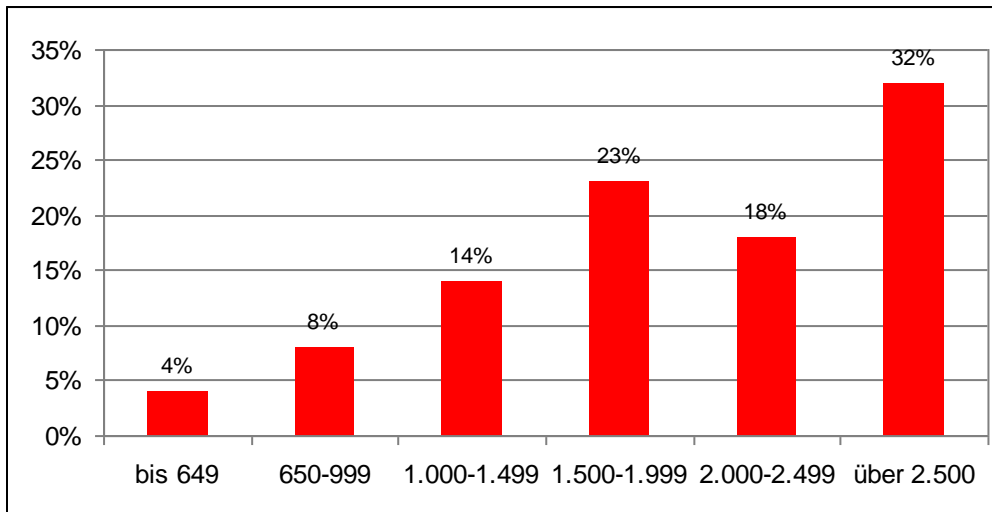


Abbildung 3: Verteilung der Erwerbseinkommen (brutto monatlich in Euro) in Niederösterreich 2008³⁴

Vor allem die neuen Erwerbsformen (geringfügige Beschäftigungen, freie Dienstverhältnisse, neue Selbständigkeit, Arbeitskräfteüberlassung, Zeitarbeit), die zu unregelmäßiger, nicht ganzjähriger und nicht ganztägiger Beschäftigung führen, haben die Armutsgefährdung stark erhöht. So zeigt auch die vorhergehende Tabelle (Tabelle 2: Nettoerwerbseinkommen von ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich in Euro 2007 und 2008), dass das durchschnittliche Erwerbseinkommen von nicht ganzjährig Beschäftigten 2008 deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle lag. Die durchschnittliche Armutsgefährdungsquote in dieser Gruppe liegt in Österreich bei 13%. Auf Niederösterreich umgerechnet waren 2008 rund 20.800 Personen armutsgefährdet, weil sie nicht ganzjährig beschäftigt waren.³⁵

„Beschäftigungen, die weniger als 12 Monate im Jahr andauern, und Arbeitsverhältnisse mit reduziertem sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz (freie Dienst- oder Werkverträge) sind im überdurchschnittlichen Ausmaß mit Haushaltseinkommen unter den Armutsgefährdungsschwellen verbunden. (...) In Anbetracht der strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes, weg von „Normalarbeitsverhältnissen“ hin zu weniger stark reglementierten, sozialversi-

³³ BMASK: Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008, S.28

³⁴ BMASK: Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Tabellenband. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, S.53

³⁵ www.statistik.at

cherungslosen und diskontinuierlichen Beschäftigungen, werden immer mehr Menschen in Zukunft von derartigen prekären Arbeitsverhältnissen abhängig und dies kann das Risiko steigern, zumindest zeitweilig unter die Einkommensgefährdungsschwellen zu rutschen. Und das auch, weil diese Beschäftigungsformen keinen Anspruch auf bestimmte Leistungen der sozialen Absicherung in Österreich zur Folge haben“, stellte bereits der Sozialbericht 2003/2004 fest.³⁶ Auch die Untersuchung EU-SILC 2007 kommt zu ähnlichen Ergebnissen: „Der Zusammenhang dieser Beschäftigungsformen mit einem erhöhten Armutsrisiko ist – auch wenn andere Haushaltsmitglieder und ihre Einkommen möglicherweise ausgleichend hinzukommen – deutlich ersichtlich“.³⁷

Jahr	unselbständig Erwerbstätige			ArbeiterInnen		
	1. Quartil	Median	3. Quartil	1. Quartil	Median	3. Quartil
	EURO					
1999	9.208	15.536	21.488	6.640	12.982	17.293
2001	9.394	16.202	22.408	6.595	13.420	17.963
2003	9.432	16.672	23.189	5.745	13.193	18.162
2004	9.536	16.973	23.546	5.839	13.543	18.577
2005	9.765	17.551	24.383	5.938	13.931	19.038
2006	10.038	17.902	25.042	6.139	14.127	19.419
2007	10.531	18.442	25.828	6.557	14.817	20.135
Veränderungen 2006-2007 in %	4,9	3,0	3,1	6,8	4,9	3,7
	Angestellte			BeamtInnen		
	1. Quartil	Median	3. Quartil	1. Quartil	Median	3. Quartil
	EURO					
1999	9.599	16.216	23.790	18.086	22.114	27.123
2001	9.935	16.995	24.759	18.835	22.947	27.871
2003	10.856	17.868	25.250	20.863	25.376	30.254
2004	10.971	18.169	25.632	21.654	26.027	30.848
2005	10.789	18.948	27.785	22.583	27.185	32.165
2006	11.112	19.367	28.530	23.432	28.179	33.344
2007	11.463	19.758	29.261	24.172	28.920	34.121
Veränderungen 2006-2007 in %	3,2	2,0	2,6	3,2	2,6	2,3

Tabelle 5: Nettojahreseinkommen der unselbständig Erwerbstätigen 1999 - 2007³⁸

Diese Entwicklung steht teilweise damit im Zusammenhang, dass der Anteil der Arbeitnehmer/innen-Entgelte am Bruttoinlandsprodukt seit den späten 1970er Jahren kontinuierlich abnimmt, während der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüsse zu-

³⁶ BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004, S.218

³⁷ Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.38

³⁸ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2002 - 2010, Kapitel 9.07

nimmt, mit anderen Worten eine **Verteilung der Wertschöpfung** zu Lasten der Arbeitnehmer/innen im Gange ist. 1978 betrug der Anteil der Arbeitnehmer/innen-Entgelte am BIP noch über 57%, 2008 nur mehr 49%. Der Anteil der Selbständigeneinkommen und Betriebsüberschüssen am BIP stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 31 auf 40,3%.³⁹

Die Real-Nettolöhne der ArbeitnehmerInnen weisen, je nach **Beschäftigungsart** eine unterschiedliche Entwicklung auf. Die besser verdienenden unselbständig Erwerbstätigen konnten seit 1997 kontinuierliche Einkommenszuwächse verbuchen, was auch einen Anstieg des Medianeinkommens bewirkte. Deutliche Zuwächse gab es vor allem bei den besser verdienenden BeamtInnen und Angestellten. Die Netto-Einkommen der unteren Einkommensklassen konnten erst ab 2004 Steigerungen verbuchen.

Viele der oben angeführten Einkommensgruppen fallen unter die Armutsgefährdungsschwelle, denn nicht nur Art und Dauer der Erwerbstätigkeit, auch die **berufliche Stellung** entscheidet über Einkommen und damit Armutsgefährdung. Hilfsarbeiter/innen haben unter den Erwerbstätigen das höchste Armutsrisiko; Personen, die höhere und hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben, das geringste.⁴⁰

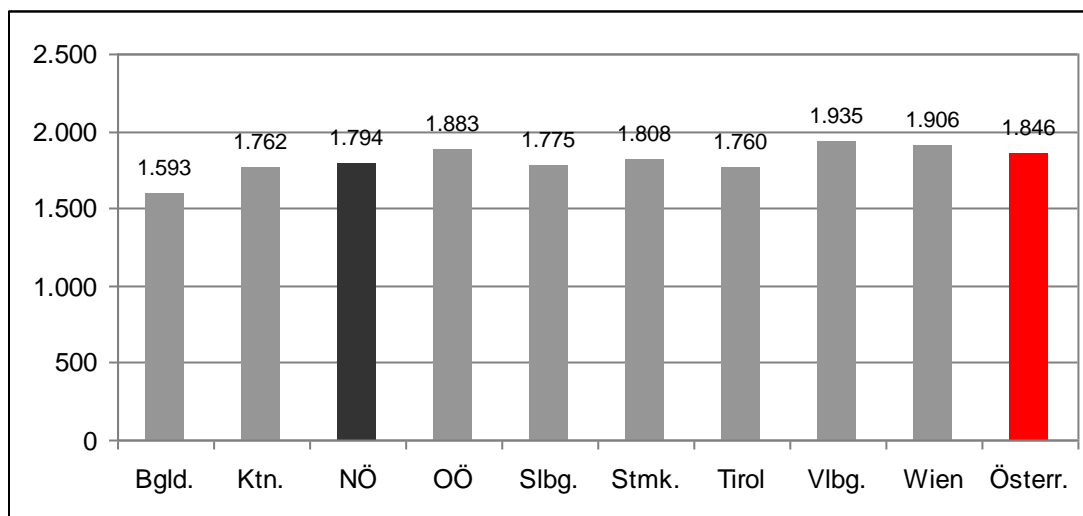


Abbildung 4: Monatliches Bruttomedianeinkommen 2008⁴¹

Die Einkommensanalyse der Arbeiterkammer Niederösterreich zeigt eine erschreckende Entwicklung auf: *„Inflation und Steuer fressen die Einkommenszuwächse zur Gänze auf.“*⁴² Zwar ist das Bruttoeinkommen der unselbständig Erwerbstätigen gestiegen, nach Abzug von

³⁹ Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1977-2008, S.26f.

⁴⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.130

⁴¹ Arbeiterkammer Niederösterreich: Einkommensanalyse 2008 - Die Löhne und Gehälter der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen, S.11

⁴² Arbeiterkammer Niederösterreich: Einkommensanalyse 2008 - Die Löhne und Gehälter der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen, S.3

Steuern stellt sich die Situation jedoch anders dar: „Die *Nettorealeinkommen der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen sanken gegenüber 2007 sogar um 20 Euro (-1,51%) pro Monat, eine Entwicklung, die auch auf Bezirksebene festzustellen ist.*“⁴³ Betrachtet man das durchschnittliche monatliche Bruttomedianeinkommen, so liegt Niederösterreich mit 1.794 Euro im österreichischen Mittelfeld. Damit verdienen niederösterreichische ArbeitnehmerInnen jedoch nur rund 97% des durchschnittlichen Einkommens in Österreich von 1.846 Euro.

In **einzelnen Regionen und Bezirken** stellt sich die Situation jedoch weitaus schlechter dar als im gesamten Bundesland. Vor allem das Wald- und Weinviertel (mit -5,6% und -6,7%), aber auch das Industrieviertel (-0,9%) liegen unter dem niederösterreichischen Durchschnitt. Auch zwischen den Bezirken zeigen sich deutliche Einkommensunterschiede. Über die höchsten durchschnittlichen Einkommen verfügen ArbeitnehmerInnen in Amstetten (1.947 Euro), Waidhofen/Ybbs (1.920 Euro) und St. Pölten (Stadt, 1.893 Euro). Die niedrigsten Einkommen werden in Krems (Land, 1.465 Euro), Hollabrunn (1.488 Euro) und Wr. Neustadt (Stadt, 1.554 Euro) gezahlt. Während die zuerst genannten Bezirke damit um 5,5% bis 8,5% über dem niederösterreichischen Durchschnitt liegen, liegen die Einkommen in den drei anderen Bezirken mit nur 81,7% bis 86,6% des Durchschnitts deutlich darunter. Auch die Unterschiede zwischen den ArbeitnehmerInnen vergrößern sich zusehends. Das 9. Dezil, also die bestverdienenden 10 Prozent der ArbeitnehmerInnen, verdiente im Jahr 2008 das 4,2-fache des 1. Dezils.⁴⁴

Zwei Faktoren die einen wesentlichen Einfluss auf das (spätere) Einkommen haben sind **Geschlecht und Bildung**. Zwischen Frauen und Männern zeigt sich weiterhin ein deutlicher Einkommensunterschied. Die Differenz des Brutto-Jahresmedianeinkommens von unselbstständig erwerbstätigen Männern und Frauen betrug in Niederösterreich im Jahr 2007 12.377 Euro und ist damit höher als der österreichische Schnitt mit 12.094 Euro.⁴⁵ Eine Ursachen hierfür ist, dass Frauen häufiger geringfügig- oder teilzeitbeschäftigt sind, bedingt durch die Wahrnehmung von Aufgaben wie Kinderbetreuung, Haushalt, Pflege von Angehörigen usw.. Im Jahr 2008 waren in Niederösterreich 66% (Ö: 67%) aller geringfügig Beschäftigten Frauen (27.646 von 41.851)⁴⁶. Frauen sind aber auch stärker in den niedrigeren Berufspositionen und schwächer in den höheren vertreten. „So waren z.B. 70% der Angestellten mit *Hilfstätigkeiten (Privatwirtschaft) Frauen, hingegen nur 41% der Angestellten mit hoch qualifizierter*

⁴³ Arbeiterkammer Niederösterreich: Einkommensanalyse 2008 - Die Löhne und Gehälter der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen, S.6

⁴⁴ Vgl. Arbeiterkammer Niederösterreich: Einkommensanalyse 2008 - Die Löhne und Gehälter der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen, S.6

⁴⁵ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2010, S.227

⁴⁶ <http://www.sozialversicherung.at>

*Tätigkeit bzw. 27% der führenden Angestellten.*⁴⁷ Aber selbst bei Frauen und Männern in ähnlichen beruflichen Positionen gibt es erhebliche Einkommensunterschiede.⁴⁸ Denn auch wenn man nur das oberste Einkommensdezil betrachtet, und somit einer Verzerrung durch die vermehrte Teilzeitbeschäftigung von Frauen entgegenwirkt, verdienen Frauen immer noch lediglich 71,4% des Einkommens von Männern im obersten Dezil.⁴⁹

Obwohl im Jahr 2008 54% der ArbeitnehmerInnen in Niederösterreich Männer und 46% Frauen waren, erhielten Männer 66% sämtlicher Arbeitnehmer-Bruttobezüge, die Frauen dagegen nur 34%. Diese Verteilung entspricht auch den österreichweiten Verhältnissen.⁵⁰

Neben Geschlecht hat die Bildung den größten Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung. Personen mit geringer Qualifikation haben auf dem Arbeitsmarkt deutliche Nachteile: Während Personen mit Pflichtschulabschluss im Jahr 2008 in Österreich nur zu knapp 50% erwerbstätig waren, liegen alle höheren Abschlüsse bei zumindest 74%, die Erwerbstätigenquote von AkademikerInnen liegt sogar bei 86%.⁵¹ Immerhin 81% der Arbeitslosen verfügen über maximal einen Lehrabschluss. Generell gilt: je höher der formale Bildungsabschluss, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden. „Jede Form der weiterführenden Bildung reduziert die Einkommensarmut“, stellt der Sozialbericht 2003-2004 klar fest.⁵² Bildung ist keine Garantie, aber eine Voraussetzung für höheres Einkommen. 54% der AkademikerInnen und 38% der MaturantInnen in Österreich befinden sich im obersten Einkommensviertel, aber nur 13% jener, die keinen oder nur Pflichtschulabschluss haben.⁵³

	Niederösterreich	in %	Ö in %
Universität oder Fachhochschule	57.885	4,5	5,8
Berufs- und Lehrerbildende Akademie	21.887	1,7	1,7
Berufsbildende Höhere Schule, Kolleg	88.739	6,9	6,3
Allgemeinbildende Höhere Schule	56.558	4,4	5,2
Berufsbildende Mittlere Schule	164.902	12,9	11,5
Lehrlingsausbildung	449.416	35,1	33,9
Allgemeinbildende Pflichtschule	442.852	34,5	35,7

Tabelle 6: Höchste abgeschlossene Schulbildung (15 Jahre und älter) 2001⁵⁴

Die Ergebnisse der Volkszählung 2001 zeigen, dass Niederösterreich – bei allen Personen über 15 Jahren (also auch den nicht Erwerbstätigen) – bei höheren Bildungsabschlüssen

⁴⁷ Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2008, Ergebnisse des Mikrozensus, S. 23

⁴⁸ vgl. dazu: ÖGPP: 2.Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich, S.21 f.

⁴⁹ Vgl. Arbeiterkammer Niederösterreich: Einkommensanalyse 2008 - Die Löhne und Gehälter der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen, S.17

⁵⁰ vgl. Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2008, S.252 f., eigene Berechnung

⁵¹ Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik Schnellbericht Jahresergebnisse 2008, S.26

⁵² BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003-2004, S.219

⁵³ Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.100

⁵⁴ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II - Niederösterreich

eher unter dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegt, bei berufsbildenden Abschlüssen dagegen über dem Bundesdurchschnitt. Und das wirkt sich natürlich auch auf die durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen von ArbeitnehmerInnen aus, die in Niederösterreich etwa 5,1% über dem Bundesdurchschnitt liegen.⁵⁵

Die Verteilung der Bildungsabschlüsse variiert nach Geschlecht, Region und Nationalität. Männer erreichen ein höheres durchschnittliches Bildungsniveau als Frauen. Sie sind bei den akademischen Abschlüssen stärker vertreten, während Frauen häufiger keinen berufsqualifizierenden Abschluss besitzen. Bei MigrantInnen ist der nicht berufsqualifizierende Abschluss am häufigsten vertreten. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem schlägt die soziale Herkunft nach wie vor stark über Bildung auf die berufliche Platzierung durch.

Unter **selbständige Erwerbstätigkeit** fallen diverse Einkommensarten, von atypischer Beschäftigung (etwa in Form von Freien Dienstnehmern) über herkömmliche gewerbliche Tätigkeiten bis hin zu Vermietung und Verpachtung. Durch die Mischung verschiedener Einkommensquellen (Arbeitseinkommen, Einkünfte aus Kapitalvermögen und Vermietung und Verpachtung) sind die Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit weit schwerer erfassbar als jene von unselbständig Erwerbstätigen. Wenig aussagekräftig sind hier Durchschnittseinkommen. Durch das Vorhandensein relativ vieler „Nullfälle“, also Personen die negative Einkünfte ausweisen, ergeben sich auch relativ niedrige Durchschnittseinkommen. Gleichzeitig zeigen sich zwischen den Quartilen große Unterschiede in der Einkommensverteilung. Große Differenzen ergeben sich aber auch zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen.⁵⁶

Zwar stellen Selbständige mit einer Armutsgefährdungsquote von 13% keine Risikogruppe dar.⁵⁷ Dennoch sind sie nicht vor Armut geschützt. In Niederösterreich gab es zuletzt (2006) etwa 52.090 Menschen, die ausschließlich selbständig erwerbstätig waren.⁵⁸ Etwa 6.800 davon waren armutsgefährdet.

Dass die erlangten Einkommen oft nicht ausreichen macht auch ein Blick auf die Finanzsituation der Haushalte deutlich. Etwa die Hälfte der österreichischen Bevölkerung lebt mit **Kreditverbindlichkeiten**. Die meisten davon dienen der Beschaffung von Wohnraum. Etwa jeder 10. (9%) schafft es nicht, Zahlungen fristgerecht zu begleichen. *„Überproportional betroffen sind dabei jüngere Personen, Ein-Eltern-Haushalte, Familien mit drei und mehr Kindern,*

⁵⁵ Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch 2010, Kap. 9.07

⁵⁶ Eine genauere Darstellung des Sachverhalts in ÖGPP: „2. Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich“

⁵⁷ www.statistik.at

⁵⁸ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2006, S.62 f.

*Drittstaatsangehörige, Personen mit geringer Ausbildung, Mitglieder von Privathaushalten mit keiner bzw. eingeschränkter Erwerbstätigkeit sowie Personen mit geringem Einkommen (armutsgefährdete oder manifest arme Menschen).*⁵⁹

Im Jahr 2009 gab es in Niederösterreich 877 **Privatkonkurse**, das sind um 8,8% mehr als noch im Jahr 2008. Mit einer Gesamtverschuldung von 156,6 Mio. Euro nimmt Niederösterreich nach Wien den zweiten Platz im Bundesländerranking ein. Betrachtet man die Anzahl der Insolvenzfälle im Vergleich zur Bevölkerungszahl, ist Niederösterreich ein Bundesland mit verhältnismäßig wenig Insolvenzfällen. Nur die Steiermark hat weniger. Die durchschnittliche Verschuldung pro Insolvenzfall ist in Niederösterreich mit 178.600 Euro jedoch deutlich über dem Bundesdurchschnitt (124.400 Euro).⁶⁰

4.2. Pensionen

Die Einkommensunterschiede aus dem aktiven Erwerbsleben finden ihre Fortsetzung in der Pension: In Niederösterreich hatten 2008 Arbeitnehmer eine um durchschnittlich 48% höhere Pension als Arbeitnehmerinnen. Während die durchschnittliche Pension eines Arbeitnehmers in Niederösterreich im Jahr 2008 jährlich 19.583 Euro netto (Österreich: 19.013) betrug (= ca. 1.399,- x 14), betrug die durchschnittliche Pension einer Arbeitnehmerin in Niederösterreich im Jahr 2008 nur 13.379 Euro netto (= ca. 956,- x 14) (Österreich: 13.172).⁶¹ Die durchschnittlichen Pensionen lagen damit bei Frauen um ca. 1,6% und bei Männern um 3% über dem österreichischen Durchschnitt.⁶²

Dieser Durchschnitt spiegelt allerdings nicht die große **Bandbreite** und Unterschiede der Pensionshöhen wieder. Der Hauptverband der Sozialversicherungen weist für 2008 die durchschnittliche monatliche Pension bei ArbeiterInnen in Österreich mit 1.055 Euro für Männer und 603 Euro für Frauen aus, bei Angestellten mit 1.845 Euro für Männer und 1.079 Euro für Frauen, bei Gewerbetreibenden mit 1.558 Euro für Männer und 979 Euro für Frauen und bei Bauern mit 1.019 Euro für Männer und 527 Euro für Frauen. Invaliditäts-, Berufs- und Erwerbsunfähigkeitspensionen hatten eine durchschnittliche Höhe von 918 Euro, Witwen-

⁵⁹ BMASK: Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008, S.30

⁶⁰ http://www.ksv.at/KSV/1870/de/5presse/3statistiken/1insolvenzen/2010-01/Insstatistik_Private_2009/1263284349812_KSV-Insolvenzstatistik_Private_2009.pdf, Stand 22.01.2010

⁶¹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2008; sie weist 213.273 Frauen und 179.472 Männer auf und enthält auch die PensionsbezieherInnen des öffentlichen Dienstes

⁶² Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2008, S.300f.

pensionen von 610 Euro.⁶³ Und die Lohnsteuerstatistik 2008 weist die durchschnittliche monatliche Nettopension von BeamtInnen für Männer mit 1.916 Euro und für Frauen mit 1.593 Euro aus, von Vertragsbediensteten für Männer mit 1.121 Euro und für Frauen mit 785 Euro.⁶⁴

Im Dezember 2008 hatten 10,9% der PensionistInnen in Niederösterreich (41.878 Personen) eine so niedrige Eigenpension, dass sie eine **Ausgleichszulage** (in einer durchschnittlichen Höhe von 271 Euro pro Monat⁶⁵) bekamen. Niederösterreich hatte damit einen unterdurchschnittlichen Anteil an AusgleichszulagenbezieherInnen und liegt an dritter Stelle von allen Bundesländern.⁶⁶ Die Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatzes (für Einzelpersonen) betrug 2008 monatlich 747 Euro für Alleinstehende und 1.120 Euro für Ehepaare, 2009 772 Euro für Einzelpersonen und 1.158 Euro für Ehepaare, was allerdings lediglich der Armutsgefährdungsschwellen von 2007 entspricht. Die Höhe der „Mindestpensionen“ der Jahre 2008 und 2009 lag und liegt damit unter der Armutsgefährdungsschwelle des Jahres 2008 – bei Einzelpersonen etwa um 43 Euro monatlich, aber auch Paare liegen im Jahr 2009 um 64 Euro monatlich unter dieser Schwelle. Damit können die Teuerungen der letzten zwei Jahre kaum abgegolten werden. Mit anderen Worten: 2008 waren 41.878 AusgleichszulagenbezieherInnen in Niederösterreich armutsgefährdet. Frauen waren hiervon stärker betroffen: 69% der Ausgleichszulagenbezieher in Österreich waren Frauen.⁶⁷

Aufgrund der teils niedrigen Pensionen weisen **PensionistInnenhaushalte** in Österreich mit 13% eine leicht überdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote auf. Waren die Frauen zu meist ganzjährig beschäftigt, so betrug ihre Nettojahrespension 13.776 Euro (984 Euro monatlich x 14). Alleinstehende Pensionistinnen sind besonders stark davon betroffen (24%).⁶⁸ Ein Grund hierfür ist, dass 23% (etwa 44.300) der 195.400 Pensionistinnen in Niederösterreich (2001) keine Eigenpension hatten, sondern ausschließlich eine Hinterbliebenenpension. Dagegen hatten praktisch alle Männer eine Eigenpension, was die Rollenverteilung vergangener Zeiten widerspiegelt.⁶⁹

⁶³ Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, S.20

⁶⁴ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2008, S.157, 160, 164, 167

⁶⁵ der Durchschnitt in Österreich liegt bei 277 Euro pro Monat

⁶⁶ Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, S.22

⁶⁷ Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen, S.22

⁶⁸ www.statistik.at

⁶⁹ Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich

4.3. Einkünfte aus umverteilten Einkommen

Einkünfte aus umverteilten Einkommen sind einerseits Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, andererseits aber auch Sozial- und Sozialversicherungsleistungen. Die Sozialversicherungsleistungen beinhalten Familienleistungen, Wohnbeihilfen, Arbeitslosenunterstützungen, Krankengelder, Unfallrenten und Pensionen. Private Versicherungsleistungen fallen ebenfalls unter umverteiltes Einkommen.

Der **Verlust der Erwerbsarbeit** erhöht schlagartig das Armutsrisiko. Die Armutsgefährdungsquote ist in Haushalten mit einer oder mehreren arbeitslosen Personen überdurchschnittlich hoch. Schon in Haushalten mit nur einem arbeitslosen Menschen steigt die Armutsgefährdungsquote sprunghaft auf 35% an. Lebt ein Langzeitarbeitsloser im Haushalt, sind sogar 41% dieser Haushalte in Österreich armutsgefährdet.⁷⁰

Geht man von einer durchschnittlichen Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Arbeitslosen aus, die je nach Verweildauer zwischen 15 und 51% liegt⁷¹, so ist anzunehmen, dass in Niederösterreich (bei gleichbleibender Armutsgefährdungsquote) im Jahr 2009 **8.000 Haushalte** aufgrund von eigener Arbeitslosigkeit oder solcher von Familienmitgliedern armutsgefährdet waren.

Die Situation der Betroffenen wird außerdem erschwert, weil sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld wie auch die durchschnittliche Notstandshilfe in Niederösterreich (aber auch in Österreich insgesamt) unter der Armutsgefährdungsgrenze liegen. Im Jahr 2008 haben in Niederösterreich durchschnittlich 31.705 Personen Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe bezogen.

	durchschnittliches tägliches Arbeitslosengeld	= monatlich	durchschnittliche tägliche Notstandshilfe	= monatlich
in Euro				
Männer	27,90	837,00 - 864,90	21,90	657,00 - 678,90
Frauen	22,70	681,00 - 703,70	16,80	504,00 - 520,80
insgesamt	25,70	771,00 - 796,70	19,70	591,00 - 610,70

Tabelle 7: Durchschnittliche/s Arbeitslosengeld und Notstandshilfe in Euro in Niederösterreich 2008⁷²

Die Höhe von Arbeitslosengeld (durchschnittlich 25,7 Euro pro Tag) und Notstandshilfe (durchschnittlich 19,7 Euro pro Tag) liegt in Niederösterreich leicht über dem österreichischen Durchschnitt (25,4 Euro bzw. 19,6 Euro). Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld lag bei Männern 2008 bis zu 114 Euro, bei arbeitslosen Frauen bis zu 270 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle von 2008. Die Notstandshilfe lag sowohl bei Männern als

⁷⁰ Statistik Austria: EU-SILC 2007, S.41

⁷¹ www.statistik.at

⁷² AMS: Arbeitsmarktdaten, www.ams.at

auch bei Frauen noch deutlicher (um etwa 294 bis über 447 Euro) unter der Armutsgefährdungsschwelle. Entscheidend, ob es tatsächlich zu Armutsgefährdung und Armut kommt, ist – wie dargestellt –, ob zumindest zeitweise Erwerbsarbeit und –einkommen erlangt werden kann bzw. wie die Einkommenssituation und Kostenbelastung im Haushalt insgesamt aussieht.

Die **Sozialhilfe** dient dazu, hilfsbedürftigen Menschen das zum Leben Notwendigste zu ermöglichen. *„Hilfsbedürftigkeit ist gegeben, wenn der notwendige Lebensbedarf bzw. Lebensunterhalt weder durch den Einsatz der eigenen Kräfte und Mittel (Arbeitskraft, Einkommen und Vermögen), durch familiäre Unterhaltsleistungen oder durch sozialversicherungsrechtliche oder sonstige vorrangige Leistungsansprüche gesichert werden kann (Prinzip der Subsidiarität).“*⁷³

Die Sozialhilfe wird von den Ländern finanziert. Die Sozialhilfegesetze sind nicht einheitlich, sondern unterscheiden sich in den einzelnen Bundesländern teilweise erheblich voneinander. Die **Sozialhilfeausgaben** des Landes Niederösterreich betragen im Jahr 2007 361,6 Mio. Euro. In Österreich wurden 2007 insgesamt 2.395,7 Mio. Euro für Sozialhilfe aufgewendet. Der Großteil der Sozialhilfeleistung fließt trotz Pflegegeld in die Finanzierung von Alten- und Pflegeheimen. Zudem wird das Geld für mobile soziale Dienste, soziale Dienste und Flüchtlingshilfe ausgegeben.

Im Jahr 2007 (zuletzt verfügbare Zahlen) gab es in Österreich insgesamt 213.612 SozialhilfeempfängerInnen, 23.724 davon in Niederösterreich. 13.012 von ihnen waren in Privathaushalten untergebracht („offene Sozialhilfe“), 10.712 Personen dagegen in Altenwohn- und Pflegeheimen. Die **Zahl der SozialhilfeempfängerInnen** ist zwischen 2001 und 2007 stark angestiegen. Niederösterreich weist eine Steigerung von 40,4% auf, was etwas unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Der Anstieg ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass immer mehr Menschen ergänzend zu ihrem Einkommen oder Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe auch Sozialhilfe beziehen. Ihre Ansprüche oder Verdienste werden durch die Sozialhilfe ergänzt um Grundbedürfnisse zu sichern.

Die Sozialhilfe soll zukünftig von der bedarfsorientierten Mindestsicherung abgelöst werden. Damit soll eine Vereinheitlichung der Mindeststandards erreicht werden, darüber hinaus gehende Leistungen können von jedem Bundesland zusätzlich gewährleistet werden. Die Höhe der bedarfsorientierten Mindestsicherung wird sich an den Ausgleichszulagenrichtsätzen orientieren. Diese liegen bislang jedoch unter der Armutsgefährdungsschwelle.

⁷³ Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz: www.bmask.at

	Veränderung in %
Burgenland	13,3
Kärnten	47,8
Niederösterreich	40,4
Oberösterreich	35,5
Salzburg	16,7
Steiermark	nicht vergleichbar
Tirol	38,4
Vorarlberg	nicht vergleichbar
Wien	39,4
Österreich	43,4

Tabelle 8: Zunahme der SozialhilfeempfängerInnen 2001 bis 2007⁷⁴

4.4. Reichtum

Laut Lohnsteuerstatistik waren in Niederösterreich im Jahr 2006 rund 68.500 aller Arbeitnehmereinkommen (10%) und 9.800 Pensionen (3%) – zusammen knapp 78.300 Einkommen - als hoch einzustufen. Die obersten 12% aller ArbeitnehmerInnen vereinigten auf sich ein Drittel (33%) aller ArbeitnehmerInneneinkommen in Niederösterreich. Die obersten 3% der PensionistInnen bekamen 10% aller Pensionen. Knapp 10.000 Personen (9.000 ArbeitnehmerInnen und 700 PensionistInnen) konnten sogar als einkommensreich bezeichnet werden, hatten also Einkommen bzw. Pensionen von mehr als 400% des Medianeinkommens.⁷⁵ 2002 – vier Jahre zuvor - waren in Niederösterreich erst 63.100 aller lohnsteuerpflichtigen Einkommen als hoch zu bezeichnen. Etwa 7.700 von ihnen konnten damals als „einkommensreich“ bezeichnet werden.⁷⁶ Das heißt, die Zahl der Menschen mit hohem Einkommen hat in Niederösterreich innerhalb von nur vier Jahren um etwa 15.200 Personen (oder 24%) zugenommen, die Zahl der Einkommensreichen um 2.000 (oder 26%).

Für das gleiche Jahr weist die Einkommensteuerstatistik 2006 in Niederösterreich etwa 18.800 Personen aus, die ein hohes einkommensteuerpflichtiges Jahreseinkommen hatten. Das waren etwa 13% aller rund 145.300 selbständig Erwerbstätigen (und teilweise zusätzlich unselbständig) Erwerbstätigen. Sie vereinigten etwa 52% (2,0 Mrd. Euro) aller einkommenssteuerpflichtigen Einkommen (3,9 Mrd. Euro) auf sich. Rund 5.500 (insg. 4%) von ihnen konnten als einkommensreich bezeichnet werden. Sie vereinigten auf sich 29% der zu versteuernden Einkommen (1,1 Mrd. Euro).⁷⁷ Die Zahl der Menschen mit hohen einkommensteuer-

⁷⁴ www.statistik.at

⁷⁵ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2006, S.160 und 171, eigene Berechnung

⁷⁶ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2002, S.140 und 150

⁷⁷ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2006, S.62 und 110

pflichtigen Einkommen hat sich in Niederösterreich gegenüber 2002 um fast 2.600 (16%) Personen erhöht. Ihre Einkommen sind um rund 17% gestiegen.⁷⁸

Insgesamt gab es somit in Niederösterreich im Jahr 2006 97.100 Personen mit hohem Einkommen, 15.200 davon waren sogar einkommensreich.

Die Einkommenssteuerstatistik für die Jahre 2007 und 2008 sind noch ausständig, aber anhand der Lohnsteuerstatistik ist bereits der weitere Trend zu erkennen. Die Grenzen für hohe Einkommen und Einkommensreichtum haben sich kaum verändert, weil die Medianeinkommen kaum zunehmen. Die Zahl der hohen Einkommen ist jedoch um fast 8% (von 78.300) auf 84.900 Personen gestiegen. Die Zahl der Einkommensreichen unter ihnen ist um 13% (von 9.700) auf 11.000 Personen gestiegen.⁷⁹ Unter der Annahme, dass die Entwicklung der selbständig Erwerbstätigen sich ähnlich jener der unselbständig Erwerbstätigen verhält, gab es im Jahr 2008 rund 18.900 selbständig Erwerbstätige mit hohen Einkommen, 6.200 von ihnen waren einkommensreich.

Damit gab es in Niederösterreich im Jahr 2008 schätzungsweise bereits 103.800 Menschen mit hohem Einkommen von 38.000 Euro pro Jahr. Etwa **17.200** davon waren sogar **einkommensreich**, erhielten jährlich also Einkommen von 76.000 Euro.

Berufsgruppen, die nicht nur hohe Einkommen erreichen, sondern unter denen Einkommensreiche häufig anzutreffen sind, sind Angestellte in führender Tätigkeit (Geschäftsleiter, Geschäftsbereichsleiter), öffentlich Bedienstete mit hochqualifizierter oder führender Tätigkeit, Ärzte (vor allem Fachärzte), Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Realitätenhändler sowie Angehörige von gesetzgebenden Körperschaften, wobei Männer in diesen Einkommensgruppen weit stärker sind vertreten als Frauen.

Die Höhe des Einkommens entscheidet über das verfügbare Einkommen, die Fähigkeit zur Vermögensbildung, die Höhe von Vermögen und Einkommen daraus.

Über vorhandene Geldvermögen gibt die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Oesterreichischen Nationalbank Auskunft. Danach hatten zuletzt (2008) die Privaten Haushalte und Organisationen ohne Erwerbszweck in Österreich Geldvermögen im Umfang von 449,3 Mrd. Euro.⁸⁰ Pro Haushalt waren dies durchschnittlich 126.000 Euro. Umgelegt auf die rund 658.600⁸¹ Haushalte in Niederösterreich wären hier 2008 **rd. 83,0 Mrd. Euro an Geldvermögen in privaten Haushalten** vorhanden. Dazu kommen die Geldvermögen der Wirt-

⁷⁸ Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002, S.104

⁷⁹ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2008, S.172 und 183, eigene Berechnung

⁸⁰ www.oenb.at

⁸¹ www.statistik.at

schaft (ohne Finanzwirtschaft), in Österreich waren das 2008 332,8 Mrd. Euro⁸² oder durchschnittlich 3,2 Mio. Euro pro Unternehmen. Umgerechnet auf die etwa 15.500⁸³ Unternehmen (Kapital- und Personengesellschaften) in Niederösterreich wären das **weitere 49,6 Mrd. Euro Geldvermögen der niederösterreichischen Wirtschaft.**

Die Ungleichmäßigkeit der Einkommensverteilung hat auch eine Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung zur Folge. Haushalte mit geringen Einkommen verfügen in der Regel über kein oder wenig Geldvermögen, umso mehr dagegen Haushalte mit hohen Einkommen. Detaillierte Untersuchungen über die Verteilung existieren in Österreich allerdings – im Gegensatz zu anderen Ländern (wie Deutschland) – kaum. Einen Versuch die Situation darzustellen unternahm die Nationalbank in ihrer Studie über Geldvermögen. Dabei zeigte sich, dass Vermögen in Österreich noch wesentlich ungleicher verteilt sind als Einkommen. *„Über zwei Drittel besitzen kein nennenswertes Geldvermögen. Die Hälfte der privaten Haushalte verfügt gar nur über 8% des gesamten Geldvermögens. Erst im obersten Dezil erreicht das Geldvermögen beachtliche Ausmaße.“*⁸⁴ Die tatsächliche Konzentration der Vermögen kann mit Haushaltsdaten nur bedingt dargestellt werden, die pyramidenförmige Verteilung wird jedoch schon hier deutlich.

Eine weitere Quelle, die konkrete Hinweise über Geldvermögen gibt, ist der jährlich erscheinende „World Wealth Report“ von *Cap Gemini Ernst & Young und Merrill Lynch*. Er weist für Österreich zuletzt (Report 2009) rund 70.100 Dollar-MillionärInnen aus (minus 9,8% im Vergleich zum Vorjahr), also Menschen, die Geldvermögen von jeweils mehr als 1 Mio. Dollar (aktuell ca. 710.000 Euro) besaßen.⁸⁵ Zwar hat die Zahl der MillionärInnen in Österreich durch die Auswirkungen der Finanzkrise abgenommen, in Österreich war die Abnahme mit 9,8% im Vergleich zu 14,9% weltweit jedoch deutlich geringer.

Umgelegt auf Niederösterreich (19% der österreichischen Bevölkerung) würde das **etwa 13.300 „Dollar-Millionäre“**, solche sogenannte **„High Net Worth Individuals“** bedeuten.⁸⁶ Schon der Vorjahresbericht wies darauf hin, dass mehr als in anderen Kontinenten in Europa dieser Reichtum (zu 50%) durch den Besitz oder Verkauf von Unternehmen entsteht, zu 19% durch ein Erbe, zu 13% durch Einkommen, zu 10% durch erfolgreiche Investitionen. In Ös-

⁸² www.oenb.at

⁸³ Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2005, S.45

⁸⁴ http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/4/5/5/CH0107/CMS1232705650368/18_verteilungdergeldvermoegen.pdf

⁸⁵ http://www.at.capgemini.com/presse/pressemitteilungen/wwr_2009, Stand 25.11.2009

⁸⁶ Nicht berücksichtigt werden in diesem Bericht die Sachvermögen.

terreich dürften 70% des Reichtums in Unternehmensbeteiligungen angelegt sein, 20% in Immobilien und knapp 10% in Finanzanlagen.⁸⁷

Wenn sich die Situation in Niederösterreich nicht wesentlich von der österreichischen und europäischen unterscheidet, so hatten diese rund 13.300 NiederösterreicherInnen Geldvermögen von durchschnittlich 3,8 Mio. Dollar (2,5 Mio. Euro) bzw. zusammen etwa 33 Mrd. Euro. Das war das 1,5-fache des Bruttoverdienstes sämtlicher niederösterreichischer ArbeitnehmerInnen 2008.⁸⁸

Das österreichische Wirtschaftsmagazin TREND⁸⁹ gibt den Reichen und Vermögenden in Österreich seit einigen Jahren konkrete Namen. Unter den 100 **reichsten** ÖsterreicherInnen befanden sich zuletzt (2009) wiederum etliche **NiederösterreicherInnen**.

Name	Platz	Vermögen
Graf, Johan	5	3,5 Milliarden Euro
Stronach, Frank	11	1,8 Milliarden Euro
Prinzhorn, Thomas	19	900 Millionen Euro
Duisik Erben	25	800 Millionen Euro
Schweighofer, Gerald	29	700 Millionen Euro
Koch, Herbet und Familie	33	600 Millionen Euro
Essl, Karlheinz und Familie	42	450 Millionen Euro
Fries, Rudolf	45	400 Millionen Euro
Umdasch, Hilde und Familie	zwischen 51 und 100	250 bis 300 Millionen Euro
Zimmermann, Norbert	zwischen 51 und 100	250 bis 300 Millionen Euro
Huemer, Angelika	zwischen 51 und 100	200 bis 250 Millionen Euro

Tabelle 9: Die reichsten NiederösterreicherInnen (geschätztes Vermögen in Euro)

Durch **Erbschaften und Schenkungen** werden in Österreich jährlich schätzungsweise etwa 5 Mrd. Euro zwischen den Generationen transferiert, in Niederösterreich schätzungsweise 1 Mrd. Euro. Für etwa 2,5% aller Haushalte – etwa 40.000 Menschen in Niederösterreich – verändert sich dadurch die Vermögenssituation. Die durchschnittliche Erbschafts- bzw. Schenkungssumme beträgt rund 50.000 Euro, die durchschnittliche Steuer betrug etwa 1.000 Euro. Erbschaften haben je nach vorheriger Vermögenssituation einen unterschiedlichen Einfluss auf die Vermögensausstattung der Haushalte. Für Haushalte mit geringem Vermögen stellen Erbschaften eine bedeutsame Quelle des persönlichen Vermögensaufbaus dar. Für bereits begüterte Haushalte macht die Vermögensübertragung demgegenüber einen geringeren Anteil ihres Vermögens aus. Wie der Sozialbericht 2007-08 feststellt, sind

⁸⁷ www.at.capgemini.com

⁸⁸ Statistik Austria: Lohnsteuerstatistik 2007, S.171

⁸⁹ <http://www.oe24.at/wirtschaft/Die-Liste-der-100-reichsten-Oesterreicher-0503242.ece>, Stand 21.01.2010

Erbchancen sozial ungleich verteilt. „*Bildung, berufliche Position und Einkommen markieren die Trennlinie beim Erben. Erkennbar ist durchgängig das erwartete Muster einer positiven Korrelation von Einkommenshöhe und Erbschaftshöhe.*“⁹⁰

⁹⁰ BMSK: Sozialbericht 2007-2008, S.283

Zusammenfassung

In Niederösterreich waren im Jahr 2008 170.000 Menschen armutsgefährdet, etwa 96.000 davon lebten in manifester Armut. Das waren 11% der Bevölkerung. Demnach liegt Niederösterreich leicht unter dem österreichischen Wert von 12%. Aufgrund der hohen Schwankungsbreite der Bundesländerergebnisse (für Niederösterreich liegen diese zwischen 8,8 und 13,0%) sind diese Interpretationen allerdings nur bedingt zulässig. Der mehrjährige Durchschnitt, bei dem von einer geringeren Schwankungsbreite der Ergebnisse ausgegangen werden kann, betrug 12%.

Für 491.000 NiederösterreicherInnen sind Sozialleistungen und Pensionen die Haupteinkommensquelle. Ein Drittel aller Einkommen in Niederösterreich stammen aus Sozial- und Sozialversicherungsleistungen. Ohne diese wären nicht 170.000 Menschen, sondern 333.000 Personen armutsgefährdet.

Die Armutsgefährdung erwerbstätiger Haushalte hat in den letzten Jahren zugenommen. Nur noch knapp 60% aller Beschäftigungen waren 2008 „Normalarbeitsverhältnisse“, also ganzjährige Vollzeitbeschäftigungen. Immerhin 22% aller Beschäftigungen waren nicht ganzjährig. Damit waren 20.800 Menschen in Niederösterreich armutsgefährdet, weil sie nicht ganzjährig erwerbstätig waren. 12% der niederösterreichischen Erwerbstätigen hatten 2008 ein Einkommen von weniger als 1.000 Euro brutto. 67.000 Personen gelten damit als „working poor“. Gleichzeitig werden die Einkommensunterschiede zwischen den ArbeitnehmerInnen immer größer. Die bestverdienenden 10 Prozent haben im Jahr 2008 mehr als das 4-fache der untersten 10 Prozent verdient.

Die Nettoeinkommen der NiederösterreicherInnen sind 2008 um 1,5% niedriger als noch im Jahr davor. Zudem liegen sie leicht unter dem Bundesdurchschnitt. Besonders schlecht stellt sich die Einkommenssituation im Wald- und Weinviertel dar.

Auch Selbständige sind nicht vor Armut geschützt. Im Jahr 2008 waren in Niederösterreich etwa 6.800 Selbständige armutsgefährdet.

Rund 8.000 Haushalte waren im Jahr 2008 aufgrund von Arbeitslosigkeit eines oder mehrerer Familienmitglieder armutsgefährdet oder arm. 2009 hat sich die Arbeitsmarktsituation deutlich verschlechtert, die Arbeitslosenquote ist in ganz Österreich sprunghaft angestiegen. In Niederösterreich waren im Jahresdurchschnitt 2009 bereits 43.790 Personen arbeitslos. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld und auch die durchschnittliche Notstandshilfe liegen in Niederösterreich unter der Armutsgefährdungsgrenze. Die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen finden auch hier ihre Fortsetzung.

Bildung verringert das Armutsrisiko: die Armutsgefährdungsquoten von höher gebildeten Personen liegen deutlich unter jenen mit geringerer formaler Schulbildung. Gleichzeitig laufen Personen mit geringen Schulabschlüssen eher Gefahr, arbeitslos zu werden. 81% der Arbeitslosen verfügen höchstens über einen Lehrabschluss.

Die Höhe der Pensionen differiert enorm. Auch wenn die durchschnittliche Pensionshöhe über der Armutsgefährdungsschwelle liegt, waren zuletzt 41.900 PensionistInnen in Niederösterreich armutsgefährdet, weil sie Ausgleichzulage beziehen. Die Höhe dieser „Mindestpension“ reicht nicht aus, um vor Armut zu schützen.

Dennoch nimmt auch in Niederösterreich die Zahl der Vermögenden weiter zu. 97.100 NiederösterreicherInnen hatten im Jahr 2006 aus selbständiger oder unselbständiger Arbeit ein Einkommen von über 35.000 Euro pro Jahr und könnten damit als Personen mit „hohem Einkommen“ bezeichnet werden. 15.200 von ihnen können sogar als „einkommensreich“ bezeichnet werden. Im Jahr 2008 gelten schätzungsweise 103.800 NiederösterreicherInnen als Personen mit hohem Einkommen, um 8% mehr als noch zwei Jahre zuvor.

Quellennachweis

Arbeiterkammer Niederösterreich: Einkommensanalyse 2008 - Die Löhne und Gehälter der niederösterreichischen ArbeitnehmerInnen

BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 2.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

BMAS: Lebenslagen in Deutschland – 3.Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

BMASK: Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008

BMASK: Sozialpolitische Studienreihe – Band 2: Tabellenband. Einkommen, Armut und Lebensbedingungen

BMSK: Bericht über die soziale Lage 2003/2004

BMSK: Sozialbericht 2007-2008

Hauptverband der Sozialversicherungsträger: Die österreichische Sozialversicherung in Zahlen

Kommission der Europäischen Gemeinschaft: Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985-1989, Brüssel 1991

ÖGPP: 2.Armuts- und Reichtumsbericht für Österreich

Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2008

Statistik Austria: Arbeitsmarktstatistik Schnellbericht Jahresergebnisse 2008

Statistik Austria: Einkommensteuerstatistik 2002 und 2006

Statistik Austria: EU-SILC 2004 bis 2007

Statistik Austria: Körperschaftsteuerstatistik 2005

Statistik Austria: Lohnsteuerstatistiken 2002, 2006, 2007 und 2008

Statistik Austria: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1977-2008

Statistik Austria: Statistische Jahrbücher 2002 – 2010

Statistik Austria: Volkszählung 2001 – Hauptergebnisse II – Niederösterreich

Internetquellen:

<http://www.ams.at>

<http://www.at.capgemini.com/>

<http://www.ksv.at>

<http://www.oenb.at>

<http://www.oe24.at/wirtschaft/Die-Liste-der-100-reichsten-Oesterreicher-0503242.ece>

<http://www.sozialversicherung.at>

<http://www.statistik.at>

Die ÖGPP ...

Die „**Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung**“ (ÖGPP) ist ein gemeinnütziger Verein, der 2001 gegründet wurde zur Förderung der Allgemeinheit auf geistigem und politischem Gebiet und sich mit grundsätzlichen Fragen der Politikberatung und Politikentwicklung sowie der Trend- und Zukunftsforschung befasst.

Erste Anerkennung erwarb sich die ÖGPP mit der Aufarbeitung und kompakten Darstellung der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in der EU 25 sowie auch der Wahlsysteme in der EU 27. 2004 fand vor allem der erste „Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ Beachtung. Im Jänner 2009 wurde der „2. Armut- und Reichtumsbericht für Österreich“ präsentiert. Es folgten etliche weitere Arbeiten zur Armut in den Bundesländern. Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind Wirtschaft, Staat, Bildung und Europa. 2008 erfolgte die Präsentation eines internationalen Vermögenssteuervergleichs.

Die ÖGPP veröffentlicht sämtliche Arbeiten auf ihrer Internet-Homepage www.politikberatung.or.at.

Die ÖGPP dankt allen Förderern ihrer Arbeit.

AutorInnen der Studie „Die soziale Situation in Niederösterreich“:

Dr. Andreas Höferl, Generalsekretär und wiss. Leiter der ÖGPP

Barbara Hauenschild, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP

Susanne Halmer, wiss. Mitarbeiterin der ÖGPP